

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: 11.2 Leitantrag des Bundesvorstands

## LANEU2: Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich

### Antragstext

#### 1 Mut zur Freiheit

#### 2 Unsere Vision für ein besseres Österreich

3 Österreich befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Viele Reformen sind längst  
4 überfällig, und es tun sich immer mehr Bereiche auf, in denen aktives Handeln  
5 gefordert ist. Viele Entscheidungen, die in den kommenden Jahren getroffen  
6 werden, beeinflussen Österreich für viele Jahrzehnte – und betreffen damit vor  
7 allem uns, die junge Generation.

8 Wir wollen dabei nicht einfach tatenlos zuschauen und abwarten, sondern sehen  
9 uns in der Pflicht, an einer besseren Zukunft mitzuwirken. In diesem Programm  
10 wollen wir aufzeigen, mit welchen Maßnahmen unsere Vision für ein besseres  
11 Österreich erreicht werden kann. Liberale Antworten sind gefragt denn je!

#### 12 Bildung

13 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie macht uns zu  
14 mündigen Bürgern, die in Freiheit und Eigenverantwortung leben. Gerade deshalb  
15 ist uns ein sozial durchlässiges Bildungssystem ein Herzensanliegen. Österreich  
16 muss ein Ort der Talente werden, mit einem chancengerechten, qualitativ  
17 hochwertigen und freien Bildungssystem.

#### 18 Chancengerechtigkeit von Anfang an

19 Um Kindern die besten Lebenschancen zu bieten, muss bereits im frühen Alter  
20 angesetzt werden. Eltern sollen für ihre Kinder Bildungsschecks bekommen, die  
21 sie für die Bildung und Betreuung in einer Vollzeiteinrichtung ihrer Wahl

22 einlösen können. Die frühkindliche Kinderbetreuung soll grundsätzlich privat  
23 aufgestellt sein, aber strengen Qualitätskontrollen unterliegen. Mögliche  
24 Einrichtungen können dabei Kindergärten oder Kindergruppen, aber auch  
25 Einzelpersonen wie beispielsweise Tageseltern sein. So sollen individuelle  
26 Lösungen eine flächendeckende Kinderbetreuung sichern.

## 27 **Beste Bildung durch freie Schulen**

28 Jedes Kind soll gerne in die Schule gehen. Nicht weil Schule so leicht ist und  
29 Leistung nichts zählt, sondern weil man gefordert und gefördert wird. Weil  
30 Stärken ausgebaut werden, anstatt Schwächen breitzutreten, und weil Lernen unter  
31 den richtigen Bedingungen erfüllend ist.

32 Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schulautonomie. Dabei  
33 beschränkt sich der Staat auf die Festlegung von Bildungszielen. Wie diese  
34 Bildungsziele erreicht werden, obliegt den Schulen selbst. Jede Schule  
35 entscheidet individuell über ihr Unterrichtsangebot, die Schwerpunktsetzung, die  
36 Gestaltung des Schulalltags, das Lehrpersonal sowie die (digitalen) Hilfsmittel.  
37 So entsteht Raum für innovative pädagogische Konzepte und ein vielfältiges  
38 Angebot an Bildungswegen. Schulen sollen grundsätzlich privater Trägerschaft  
39 unterliegen, wobei die Finanzierung durch den Staat sichergestellt wird -  
40 nämlich im Zuge der Bildungsschecks.

41 In einem ersten Schritt sollen Schulen beispielsweise über ein Modell der  
42 privaten Trägerschaft bei öffentlicher Finanzierung die Möglichkeit haben selbst  
43 in das Prinzip der Schulautonomie hineinzuoportieren. Diese Schulen bekommen die  
44 Freiheit dreifacher Autonomie: in pädagogischer, personeller und finanzieller  
45 Freiheit und Verantwortung. Bei der Aufnahme soll auf eine gute soziale  
46 Durchmischung geschaut werden.

47 Jedes Kind bekommt einen solchen Bildungsscheck, den es in der  
48 Bildungseinrichtung seiner Wahl einlösen kann. Besonders beliebte Schulen  
49 erhalten folglich die beste Finanzierung und Anreize, ihr Angebot weiter  
50 auszubauen, um mehr Schüler anzuziehen. Schlechte Schulen auf der anderen Seite  
51 müssen sich schnellstens überlegen, wie sie ein attraktives Angebot schaffen.

52 Dass alle Schulen die Bildungsstandards erreichen, wird anhand von zentralen und  
53 vergleichbaren Tests abgeprüft. Hierfür soll neben der Zentralmatura eine  
54 zentrale mittlere Reife eingeführt werden. Die Bildungsstandards sollen neben  
55 Deutsch-, Mathematik-, und Englischkenntnissen auch wirtschaftliches wie  
56 finanzielles Basiswissen („Financial Literacy“) und digitale Grundbildung  
57 umschließen.

58 Um eine demokratische und repräsentative Schülerversretung zu schaffen, soll das  
59 Schülerversretungsgesetz grundlegend überarbeitet werden, damit alle Schüler  
60 ihre Landesschülerversretung über Wahllisten direkt wählen können und die  
61 Bundesschülerversretung von allen Landesschülerversrettern gewählt wird.

## 62 **Erfolgsmodell Lehre in den Fokus**

63 Das österreichische Modell der dualen Lehrausbildung gilt international zurecht  
64 als Erfolgskonzept, dennoch wird sie bei uns oft nur als Plan B betrachtet. Die  
65 Lehre muss für Jugendliche attraktiver gestaltet und durch praxisnahe  
66 Berufsorientierung an Schulen bereits frühzeitig beworben werden.

67 Die Lehre soll einheitlich strukturiert, nämlich modular aufgebaut werden, und  
68 stets die Option beinhalten, die Reifeprüfung abzulegen. Durch die Aufteilung in  
69 Module ist ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Lehrausbildungen einfacher.  
70 Berufsschulen sollen dazu zu „Berufsakademien“ aufgewertet werden, die eng  
71 verschränkt mit Experten aus der Wirtschaft und anderen Bildungseinrichtungen,  
72 etwa auch Hochschulen, zusammenarbeiten. Durch den modularen Aufbau können auch  
73 Erwachsene sich an Berufsakademien weiter fortbilden und so ihren Horizont  
74 erweitern. Berufsakademien sollen stets auch Meisterkurse anbieten.

75 Durch eine einheitliche Struktur der Lehre soll es auch einfacher möglich sein,  
76 im Rahmen internationaler Austauschprogramme Erfahrung im Ausland zu sammeln.  
77 Der Europäische Qualifikationsrahmen bietet hier bereits eine gute Grundlage und  
78 soll weiter ausgebaut werden.

## 79 **Oxbridge und Ivy League, aber in Österreich**

80 Exzellenz soll in den österreichischen Hochschulen wieder ihre Heimat finden.  
81 Dafür müssen alle Hochschulen miteinander in fairem Wettbewerb stehen, den sie  
82 gewappnet mit größtmöglicher Autonomie bestreiten. Sie sollen selbst zu Trägern  
83 ihrer Gebäude werden, frei in der Gestaltung von Lehre und Forschung sein, sowie  
84 Hoheit über Personal, Auswahl der Studierenden und die Mittelverwendung haben.  
85 Zwischen den einzelnen Hochschultypen sollen rechtlich keine Unterschiede  
86 gemacht werden.

87 Die Finanzierung der Hochschulen wird durch ein Drei-Säulen-Modell aus privaten  
88 Mitteln, staatlicher Studienplatzfinanzierung und nachgelagerten  
89 Studienbeiträgen langfristig gesichert. Die staatliche Finanzierung soll sich  
90 auf zwei Prozent des BIP belaufen und die Grundfinanzierung für Studium wie  
91 Forschung sicherstellen.

92 Der Studienzugang kann durch Eignungskriterien geregelt sein, ein Studium darf  
93 aber nicht aus finanziellen Überlegungen scheitern. Die Studienbeihilfe wird wie  
94 andere Sozialleistungen vom liberalen Bürgergeld abgelöst, das explizit auch von  
95 zielstrebigen Studierenden bezogen werden kann. Um zu hohe Studienbeiträge  
96 vorzubeugen, kann die Höhe vom Bildungsministerium beschränkt werden, der Staat  
97 stellt den Studierenden außerdem auf Wunsch ein zinsloses Darlehen zur  
98 Verfügung, das während des Erwerbslebens zurückgezahlt werden muss.

99 Um eine schlagkräftige und tatsächlich im Sinne der Studierenden arbeitende  
100 Studienvertretung sicherzustellen, wird die Mitgliedschaft in der  
101 Hochschüler:innenschaft freiwillig und das allgemeinpolitische Mandat  
102 abgeschafft.

### 103 **Innovation durch Forschung**

104 Forschung und Wissenschaft sind für uns Treiber des Wohlstandes und des  
105 Fortschrittes und entsprechend zu fördern. Für die Vergabe der Mittel ist die  
106 Schaffung einer bundesweiten Forschungsstrategie und Bündelung der  
107 Forschungsagenden in einem Ministerium essenziell. Damit soll auch die  
108 Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären  
109 Forschungseinrichtungen forciert werden. Es muss allerdings auch hier ein  
110 stärkerer Fokus auf private Mittel gelenkt werden. Public-Private Partnerships  
111 sollen gefördert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche  
112 Finanzierungsquellen zu nutzen. Österreich soll so zum international  
113 kompetitiven Wissenschaftsstandort werden und begabte Forscher aus der ganzen  
114 Welt anziehen.

### 115 **Lebenslanges Flügelheben**

116 Gerade in Zeiten der rasenden Entwicklungen, von künstlicher Intelligenz über  
117 neue Soft- und Hardwarelösungen, ist es nicht selbstverständlich immer am Ball  
118 zu bleiben. Daher fordern wir eine Ausweitung der Absatzbeträge für persönliche  
119 wie berufliche Fortbildung, sowie den unbürokratischen Zugang zu Einzelmodulen  
120 an den neu geschaffenen Berufsakademien.

### 121 **Demokratie und Justiz**

122 Die liberale Demokratie auf den Standpfeilern der Gewaltentrennung, mit einem  
123 selbstbewussten Parlament, einer effektiven Exekutive und einer unabhängigen  
124 Justiz, gewährleisten Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit.  
125 Eine effektive Gewaltenteilung erfordert starke Institutionen und klare  
126 Kompetenzverteilungen in Österreich. Hier wollen wir nachschärfen. Der Staat und

127 die Politik sollen dabei immer den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Um dies  
128 zu garantieren und insbesondere eine sinnvolle Verwendung von Steuermitteln  
129 sicherzustellen, fordern wir eine Verschlankung der Verwaltung und ein  
130 Maßnahmenpaket für eine saubere Politik.

### 131 **Der Souverän ist das Volk**

132 Um die Menschen in Österreich zu ermächtigen und von den übermächtigen  
133 politischen Strukturen zu befreien, braucht es eine echte Demokratie- und  
134 Föderalismusreform. Durch einen Ausbau von direktdemokratischen Abstimmungen  
135 sollen Bürger ermächtigt werden, stärker selbst an der politischen  
136 Entscheidungsfindung teilzunehmen – die Schweiz macht es vor.

137 Um politischem Stillstand vorzubeugen, müssen Doppelgleisigkeiten durch eine  
138 klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen Bund, Land und Gemeinde  
139 reduziert werden. Gemeinden sollen dabei stark aufgewertet werden, befinden sie  
140 sich immerhin am nächsten an der Lebensrealität der Menschen. Zur Steigerung der  
141 Effizienz in der Verwaltung sollen die Gemeinden aber durch Zusammenlegungen  
142 eine gewisse Mindestgröße haben. So sollen die Bundesländer langfristig als  
143 reine Verwaltungseinheiten fungieren. Der Bundesrat soll außerdem zugunsten  
144 eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden.

### 145 **Saubere Politik**

146 Der Staat dient den Bürgern – doch allzu oft sind diese Bittsteller von Politik  
147 und Verwaltung. Um ein Handeln im Sinne der Bürger sicherzustellen, soll daher  
148 jeder ein Recht auf Auskunft über die Tätigkeiten aller Behörden und politischen  
149 Institutionen haben. Zusätzlich sollen alle öffentlichen Träger die Herkunft  
150 sowie Verwendung ihrer Mittel transparent offenlegen.

151 Bei öffentlichen Förderungen sollen stets transparente und nachvollziehbare  
152 Vergabeverfahren gelten und auch bei der Ausschreibung und Besetzung von  
153 öffentlichen Stellen Transparenz und Objektivität gewahrt werden. Um zu  
154 garantieren, dass die bestqualifizierten Personen bei der Postenbesetzung zum  
155 Zug kommen, soll eine Anpassung der Auswahlverfahren nach europäischem Vorbild  
156 erfolgen, dabei sollen bei Spitzenfunktionen verpflichtende öffentliche Hearings  
157 stattfinden. Seilschaften müssen schonungslos offengelegt werden, widrigenfalls  
158 kann der Auftrag oder die Besetzung nachträglich annulliert werden.

159 Politiker gestalten unser Land in Vertretung für alle Bürger, daher sollten für  
160 sie besonders hohe Standards gelten. Diese sollen in einem Code of Conduct  
161 abgebildet sein, den Politiker mit ihrer Angelobung unterzeichnen müssen. Dieser

162 soll unter anderem die Offenlegung von Interessenskonflikten sowie der  
163 wahrgenommenen Stakeholder- und Lobbyistentreffen in ein öffentlich einsehbares  
164 Register beinhalten. Wenn politische Entscheidungsträger im Rahmen ihrer  
165 Funktion nachweislich rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, soll eine  
166 zivilrechtliche Politikerhaftung greifen, etwaige Bußgelder fließen dem  
167 Staatsbudget zu.

168 Um der Korruption in Österreich keine Chance zu geben, soll die Wirtschafts- und  
169 Korruptionsstaatsanwaltschaft zusätzliche Planstellen erhalten. Hierbei ist  
170 darauf zu achten, dass kompetente und politisch unabhängige Personen zum Zug  
171 kommen.

## 172 **Medien - Die vierte Gewalt**

173 Eine freie, unabhängige, plurale und sachorientierte Medienlandschaft ist eine  
174 tragende Säule der liberalen Demokratie, diese zu gewährleisten sohin primäre  
175 Aufgabe des Staates. Die in Österreich etablierte Abhängigkeit der Medien von  
176 Inseraten und anderen Förderungen von politischen Akteuren muss abgeschafft  
177 werden.

178 Der ORF soll sich im Sinne der Medienvielfalt auf seinen öffentlich-rechtlichen  
179 Auftrag beschränken und insbesondere auf Information, Bildung, Politik und  
180 Wissenschaft fokussieren. Hier ist ein hoher Standard an Objektivität und  
181 Meinungsvielfalt geboten. Hierfür soll der ORF, konkret der Stiftungsrat sowie  
182 der Publikumsrat, entpolitisiert werden. Dies soll mit einem neuen  
183 Nominierungsschlüssel und Auswahlverfahren gewährleistet werden, welche den  
184 Einfluss der Regierung im Bezug auf die Bestellung sowie die Abberufung  
185 einschränken und mehr auf die Kompetenz der Räte abzielen.  
186 Unterhaltungsprogramme sollen einzig den privaten Anbietern obliegen, die mit  
187 den so erzielten Gewinnen wieder Informations- und Nachrichtenformate  
188 finanzieren können. Zu diesem Zweck kann der ORF Unterhaltungsprogramme wie Ö3  
189 privat ausgliedern. Ein wichtiger Beitrag zu mehr Medienvielfalt.

## 190 **Justiz und Recht**

191 Die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, dass niemand über dem Gesetz steht,  
192 auch nicht die Politik – sie schützt so die individuellen Rechte und Freiheiten  
193 der Bürger und sorgt für faire und gerechte Verfahren. Um diese Unabhängigkeit  
194 funktionell zu stärken, soll die Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft dem  
195 Justizministerium entzogen und einem unabhängigen Bundesstaatsanwalt übertragen  
196 werden. Der Bundesstaatsanwalt soll auf Basis eines Dreivorschlags einer mit  
197 Experten aus der Justiz besetzten Personalkommission durch den Nationalrat im

198 Wege einer 2/3-Mehrheit ernannt werden. Seine Funktionsperiode beträgt 6 Jahre,  
199 eine Wiederwahl ist unzulässig. Der Bundesstaatsanwalt ist hinsichtlich der  
200 Verantwortlichkeit den Mitgliedern der Bundesregierung gleichgestellt.

201 Für ein faires Justizsystem ist der Zugang zum Recht essenziell. Hürden in Form  
202 hoher Gerichtsgebühren sollten dementsprechend abgeschafft werden. Die  
203 Verteidigung des eigenen Rechts in einem Strafverfahren darf außerdem nicht zur  
204 Strafe werden – nach einem Freispruch soll eine volle Entschädigung zustehen. Um  
205 auch die Rechtsvertretung leistbarer zu machen, soll das Verbot der quota litis  
206 für Anwälte abgeschafft werden. Zuletzt sind im Sinne der Rechtssicherheit  
207 außerdem die Rechtsgeschäftsgebühren ersatzlos zu streichen.

## 208 **Verwaltung und Digitalisierung**

209 Die österreichische Verwaltung ist träge und ineffizient, einzelne Behördengänge  
210 oft komplexer als eine Uniprüfung. Die Verwaltung soll daher radikal verschlankt  
211 und bürokratische Prozesse stark vereinfacht werden.

212 Gebühren für grundlegende Services wie Strafregisterauszüge stellen nicht nur  
213 einen unnötigen Verwaltungsaufwand dar, sondern sind auch ein Affront gegenüber  
214 allen Steuerzahlern, und sollen daher abgeschafft werden. Außerdem sollen in der  
215 Verwaltung moderne Kommunikationswege Einzug finden, das Fax hat seinen Zenit  
216 längst überschritten. Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiver zu  
217 machen, soll Englisch als zusätzliche Amtssprache eingeführt werden.

218 Ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung sollen alle Behördengänge unkompliziert  
219 digital möglich gemacht werden. Egal ob jemand einen Reisepass beantragen oder  
220 ein Unternehmen gründen möchte, all dies soll mittels weniger Schritte online  
221 durchführbar sein. Um eine effektive Verkleinerung des öffentlichen  
222 Verwaltungssektors zu erreichen, soll der breite Einsatz von Künstlicher  
223 Intelligenz ein integraler Bestandteil werden. Insbesondere repetitive Aufgaben,  
224 wie die Dokumentenverwaltung oder die Formularverarbeitung, sollen automatisiert  
225 werden, um Arbeitsprozesse zu unterstützen, sowie den Abbau von Stellen zu  
226 ermöglichen. Im Bereich Wahlen kann Estland als Vorbild dienen. In einem ersten  
227 Schritt soll die online Teilnahmemöglichkeit bei der Wahl von  
228 Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeits- und Wirtschaftskammer,  
229 eingeführt werden.

## 230 **Schutz der Privatsphäre**

231 Wir verstehen Privatsphäre als essenziellen Bestandteil von Freiheit und nicht  
232 verhandelbares Bürgerrecht. Es geht den Staat nichts an, wo man seinen

233 Wocheneinkauf tätigt, welche Nachrichten man schreibt und mit wem man seine  
234 Freizeit verbringt.

235 Die zunehmende Massenüberwachung im öffentlichen und privaten Raum lehnen wir  
236 daher entschieden ab. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die  
237 Klarnamenpflicht oder die viel diskutierte Chatkontrolle schießen weit über das  
238 Ziel hinaus und sind im Hinblick auf die persönliche Freiheit nicht  
239 rechtfertigbar. Wir bekennen uns zu einem starken Datenschutz.

## 240 **Generationengerechter Umgang mit Steuergeld**

241 Österreich hat in den letzten Jahrzehnten einen gigantischen Schuldenberg  
242 angehäuft. Die Folgen dieser verschwenderischen Budgetpolitik hat die junge  
243 Generation zu stemmen. Um diesen Schuldenrucksack zu reduzieren, fordern wir die  
244 Einführung einer strengen Schuldenbremse im Verfassungsrang. Diese soll nicht  
245 nur die Staatsverschuldung begrenzen, sondern auch verbindliche Vorgaben zur  
246 Schuldenreduzierung enthalten. Das Haushaltsbudget soll jeweils über den  
247 Konjunkturzyklus zumindest ausgeglichen werden.

248 Hauptgrund für die hohe Verschuldung Österreichs sind die seit dem zweiten  
249 Weltkrieg stetig steigenden Staatsausgaben. Wir fordern daher die Einführung  
250 einer Ausgabenbremse im Verfassungsrang, die festlegen soll, dass das  
251 Ausgabenwachstum nicht die Inflation übersteigen darf, wenn die Verschuldung  
252 über 60 Prozent des jährlichen BIPs ausmacht. Außerdem soll das jährliche Budget  
253 des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans erstellt werden, welches  
254 den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen zuweist.

255 Die moderne Errungenschaft effektiver sozialer Sicherungsnetze muss anerkannt  
256 werden. Gleichzeitig ist aber die Pflicht jedes Mitglieds unserer Gesellschaft,  
257 diese nur in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, die seiner unverschuldeten  
258 Notlage entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es auch eine  
259 Verpflichtung des Staats, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung  
260 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige  
261 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der  
262 Gegenwart zu vernachlässigen. Es soll daher ebenfalls im Verfassungsrang  
263 festgelegt werden, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben 40 Prozent der  
264 staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten dürfen,  
265 wobei es einen Konsultationsmechanismus mit Ländern und Gemeinden geben soll.

## 266 **Trennung von Kirche und Staat**

267 Eine aufgeklärte, freie Gesellschaft sichert eine klare Trennung von Kirche und



268 Staat. Die vielen Sonderrechte von Religionsgemeinschaften gegenüber anderen  
269 (weltanschaulichen) Organisationen widersprechen dieser Trennung. Sie stellen  
270 eine nicht nachvollziehbare Bevorzugung gegenüber säkularen Einrichtungen dar.  
271 Wieso sollte die Kirche gegenüber einem Museum bessergestellt sein? Um mit  
272 diesen Sonderprivilegien endgültig zu brechen, muss das Konkordat aufgekündigt  
273 werden.

274 Religion ist Privatsache und geht den Staat nichts an. Die Mitbetreuung von  
275 organisatorischen Prozessen von Religionsgemeinschaften durch Behörden ist  
276 genauso überholt wie die Erhebung von Daten zur Religionszugehörigkeit.  
277 Öffentliche Gebäude sollen als neutrale Orte keine religiösen Symbole zur Schau  
278 stellen. Konfessioneller Religionsunterricht darf an staatlichen Schulen nicht  
279 verpflichtend sein – an dessen Stelle soll ein Ethikunterricht treten, der nicht  
280 nur verschiedene weltanschauliche Zugänge thematisiert, sondern auch die Werte  
281 unserer Verfassung vermittelt. Feiertage mit religiösem Bezug sollen abgeschafft  
282 werden. Im Gegenzug sollen Arbeitnehmer Anspruch auf weitere Urlaubstage bzw.  
283 Schulen auf weitere schulautonome Tage bekommen.

284 Die Bedeutung der Extremismusprävention ist unbestreitbar. Eine  
285 widerstandsfähige Demokratie, die Extremismus bereits an der Wurzel bekämpft,  
286 ist entscheidend für den Erhalt der Freiheit. Alle, die in Österreich leben,  
287 müssen sich zum Völkerrecht und zu Menschenrechten bekennen. Wir verschließen  
288 die Augen nicht vor der Gefahr extremistischer Tendenzen, ganz gleich aus  
289 welcher Richtung diese kommen mögen, und geben der Wichtigkeit von  
290 Extremismusprävention einen hohen Stellenwert. Vor allem auch Jugendliche sind  
291 in besonderem Maße anfällig für die Vereinnahmung durch radikale, extremistische  
292 Ideologien, die für sie oft identitätsstiftend sind. Hier muss früh angesetzt  
293 und präventiv für Aufklärung, Beratung und Hilfe gesorgt werden.

## 294 **Selbstbestimmtes Leben**

295 Zu oft regiert in Österreich ein System paternalistischer Bevormundung, das die  
296 Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger zugunsten einer vermeintlich  
297 wohlgemeinten Bevormundungs- oder Sicherheitspolitik unterwandert. Schluss  
298 damit. Österreich soll ein Land der Entfaltung werden, in dem jeder frei in  
299 seinen Entscheidungen ist, offen seine Meinung sagen kann und nicht durch  
300 moralische Zwänge und Regeln eingeengt wird.

## 301 **Liberale Drogenpolitik**

302 Die Kriminalisierung von "weichen" Drogen verhindert deren Konsum nicht,  
303 verursacht aber sowohl für Konsumenten als auch für die Gesellschaft hohe

304 Kosten. So fördert die Kriminalisierung von häufig konsumierten Rauschmitteln  
305 nur den Umsatz von kriminellen Organisationen, ohne den Konsum dieser in der  
306 Bevölkerung nennenswert zu verringern. Ebenso birgt der unkontrollierte Absatz  
307 für Endverbraucher einige Risiken - wie etwa durch Verunreinigungen und Produkte  
308 von zweifelhafter Güte. Gleichermaßen stigmatisiert die Kriminalisierung  
309 Konsumenten und bindet Ressourcen in Justiz und Strafvollzug. Ein  
310 verantwortungsvoller Umgang mit Suchtmitteln kann nicht ausschließlich durch  
311 Verbote geschaffen werden, sondern vor allem durch aktive Bewusstseinsbildung.

312 Wir fordern daher die kontrollierte Freigabe "weicher Drogen", wie etwa  
313 Cannabis, Halluzinogene oder MDMA. Die durch Besteuerung dieser Substanzen neu  
314 gewonnenen bzw. durch ein Einstellen der exzessiven Strafverfolgung  
315 freigewordenen Mittel sollen für Aufklärungs- und Präventionsarbeit über die  
316 Gefahren des Drogenkonsums eingesetzt werden. Insbesondere soll in Österreich  
317 die kontrollierte Freigabe von Cannabis umgesetzt und der gewerbliche Verkauf  
318 von Snus erlaubt werden. Darüber hinaus soll der Besitz von Substanzen des  
319 Suchtmittelgesetzes für den persönlichen Gebrauch entkriminalisiert werden.

### 320 **Öffnungszeiten und Sperrzeiten frei von Biedermeier-** 321 **Sentimenten**

322 Während im Süden wie im Norden, in Italien wie Schweden, der Einzelhandel länger  
323 und auch sonntags offen hat, bleibt dies in Österreich großteils verboten. Diese  
324 Regel geht völlig an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Wir setzen uns  
325 daher für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein, sodass der Handel  
326 auch an Sonn- und Feiertagen, sowie rund um die Uhr, aufsperrbar darf.  
327 Insbesondere in Zeiten des Onlinehandels soll durch diese Lockerung ein massiver  
328 Wettbewerbsnachteil für heimische Betriebe abgebaut werden.

329 Auch die frühe Sperrstunde in der Gastronomie schränkt die Lebensqualität  
330 insbesondere junger Leute stark ein, da das Nachtleben davon besonders betroffen  
331 ist. Wir fordern daher die Abschaffung der Sperrstunden für Gaststätten und die  
332 Einschränkung von Nachbarschaftsrechten wegen Lärmbelastung in belebten (Stadt-  
333 )Zentren. Wer in einen belebten Ort zieht, sollte sich nachher nicht über Lärm  
334 und Trubel beschweren.

### 335 **Freie Fahrt für freie Bürger**

336 Insbesondere für die Jugend ist Mobilität der Schlüssel zur Freiheit. Deshalb  
337 fordern wir einerseits einen massiv beschleunigten und sinnvollen Öffi-Ausbau in  
338 allen Regionen des Landes, sehen aber andererseits einen völligen Abgang vom  
339 Individualverkehr als unrealistisch. Insbesondere in ländlichen Regionen wird

340 man weiterhin auf den Individualverkehr angewiesen sein.

341 Aktuell bedarf es dazu aber meist eines Führerscheins. Die Kosten für einen  
342 solchen steigen aber immer weiter und sind vielen Jugendlichen schier zu teuer.  
343 Kein Wunder, wenn man sich die Regulierungen im Fahrschulbereich anschaut. So  
344 erfordert die Neueröffnung einer Fahrschule unter anderem langwierige  
345 Berufserfahrung in einer anderen Fahrschule, die wiederum kein Interesse an  
346 potenzieller Konkurrenz haben. Die wenigen existierenden Fahrschulen können sich  
347 den Markt so richten wie es ihnen passt. Das Führerschein- und Fahrschulwesen  
348 ist grundlegend zu reformieren.

### 349 **Eine Sportdefinition, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird**

350 In Österreich entscheidet der Staat, welche Aktivitäten als Sport anzuerkennen  
351 sind. Während dies auf den ersten Blick nicht weiter relevant erscheint,  
352 schließen sich an die gewählte Sportdefinition eine Reihe an Privilegien, von  
353 Steuervorteilen bis zu Förderungen.

354 Um den Realitäten des 21. Jahrhundert und der fortschreitenden Digitalisierung  
355 gerecht zu werden, muss die Sportdefinition dringend geupdatet werden. E-Sport  
356 soll in Österreich endlich als offizielle Sportart anerkannt werden. Die stark  
357 kompetitive Szene ist geprägt von großen Turnieren, die mit herkömmlichen  
358 Sportbewerben längst mithalten können. Da es eine große Zahl verschiedener E-  
359 Sport-Titel gibt, sollen bestimmte Indikatoren wie Wettbewerbsfähigkeit,  
360 taktisches Geschick oder Reaktionsgeschwindigkeit festgelegt werden, anhand  
361 derer die Einstufung einzelner Titel als gemeinnütziger Sport vorgenommen werden  
362 kann. Dadurch kann auch besser auf Doping geachtet werden, da E-Sport-Verbände  
363 die Möglichkeit bekommen würden Partner der NADA (WADA) zu werden.

### 364 **Füreinander Verantwortung übernehmen**

365 Familie heißt für das Leben anderer Menschen Verantwortung zu übernehmen. Das  
366 derzeit vom Staat vorgegebene Familienbild beschneidet viele Menschen in ihrer  
367 Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir fordern daher einen  
368 einheitlichen rechtlichen Rahmen für eine Gemeinschaft selbstbestimmt lebender,  
369 erwachsener Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, inklusive aller  
370 damit einhergehender Rechte und Pflichten: die liberale  
371 Verantwortungsgemeinschaft.

372 Diese soll unabhängig von einer sexuellen oder romantischen Beziehung zueinander  
373 zwischen zwei oder mehreren Menschen geschlossen werden können. Unabhängig von  
374 biologischer Abstammung soll auch die Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses

375 in der Verantwortungsgemeinschaft durch Adoption möglich sein. Sie bietet somit  
376 sowohl Familien zweier Menschen mit Kindern als auch anderen Gemeinschaften  
377 mehrerer erwachsener Menschen einen abgesicherten Rahmen Verantwortung zu  
378 übernehmen. Einschränkend zu erwähnen sei hier, dass an allererster Stelle das  
379 Kindeswohl steht.

### 380 **Legalisierung der Leihmutterschaft**

381 In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen, die nicht in der Lage sind,  
382 auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen. Dennoch sind viele von ihnen bereit,  
383 Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen und hegen den Wunsch,  
384 ein biologisches Kind zu haben. Bedauerlicherweise bleibt dieser Traum meist  
385 unerfüllt.

386 Aus diesem Grund soll die Möglichkeit der Leihmutterschaft geschaffen werden.  
387 Bei der Leihmutterschaft trägt eine Frau ein Kind aus, mit dem sie genetisch  
388 nicht verwandt ist und daher auch rechtlich nicht als Elternteil des Kindes  
389 gilt. Nach Geburt wird die Erziehung daher an die biologischen Eltern übergeben.  
390 Damit gibt sie anderen Personen die Chance, den Traum der (biologischen)  
391 Elternschaft zu verwirklichen.

### 392 **Sichere Schwangerschaftsabbrüche**

393 Schwangerschaften sind nicht immer geplant, und es kommt vor, dass Schwangere,  
394 beispielsweise aufgrund ihrer Lebensumstände, nicht den Wunsch oder die Kraft  
395 haben, ein Kind zu bekommen. Wir erkennen daher an, dass es wichtig ist, dass es  
396 in Österreich die legale Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs gibt.

397 Dafür muss auch ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stehen. Fortan sollen  
398 daher in allen Landeskrankenhäusern, die über eine Gebärstation verfügen,  
399 Schwangerschaftsabbrüche möglich sein. Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit  
400 haben, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen  
401 abzulehnen, sofern das Leben der Schwangeren durch die Schwangerschaft nicht  
402 gefährdet wird.

### 403 **Leistung vor Quote**

404 Letztlich ist auch festzuhalten, was den Idealen eines liberalen,  
405 selbstbestimmten Lebens widerspricht. Im Rahmen aktueller Diskussion ist  
406 insbesondere hervorzuheben, dass Quoten unsere Idealen diametral gegenüberstehen  
407 – Leistung und Kompetenz sollen zählen, niemand soll auf sein Geschlecht, die  
408 ethnische Zugehörigkeit oder vergleichbare Merkmale reduziert werden.

## 409 **Freiheit durch Gleichberechtigung**

410 Das staatliche Karenzmodell sollte das Prinzip einer gleichberechtigten  
411 Familienverantwortung und bestmöglichen frühkindlichen Bildung fördern. Aus  
412 diesem Grund soll der Anspruch auf Karenzzeit individualisiert werden, sodass  
413 jedem Sorgeberechtigten sechs Monate zustehen, die nicht übertragbar sind. Diese  
414 Karenzzeit kann innerhalb der ersten 14 Monate nach der Geburt angetreten  
415 werden.

## 416 **Meinungsfreiheit hochhalten**

417 Der politische Diskurs ist geprägt von Meinungsblasen, einer Unfähigkeit andere  
418 Argumente gelten zu lassen und einer fortschreitenden Polarisierung. Das Letzte,  
419 was Österreich braucht, ist ein Überschwappen amerikanischer No-Platform-  
420 Bewegungen. Eine Gesellschaft, in der eine kleine, laute Gruppe die bestehenden  
421 Meinungen in gut und böse, moralisch und amoralisch aufteilt, bietet den besten  
422 Nährboden für die Extreme. Solchen Tendenzen ist entschieden entgegenzutreten.  
423 Wer nicht frei sprechen darf, wird mit der Zeit auch nicht mehr frei denken  
424 können.

## 425 **Die Grenzen des Strafrechts**

426 Leitendes Prinzip liberaler Politik ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen  
427 – das Strafrecht sollte geleitet von diesem Prinzip rein dem Schutz vor  
428 widerrechtlichen Eingriffen durch andere dienen. Verbrechen ohne Opfer sind von  
429 diesem Standpunkt aus nicht im Strafrecht abbildbar. Zudem ist in Österreich das  
430 Gleichgewicht zwischen persönlichen Freiheitsrechten wie der Meinungsfreiheit  
431 und dem Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit derzeit stark zu  
432 Lasten der Freiheit ausgerichtet. Wir fordern daher eine Reform des Strafrechts  
433 und die Abschaffung überbordender Tatbestände wie „Beleidigung“ und  
434 „Herabwürdigung religiöser Lehren“.

## 435 **Wirtschaft und Arbeit**

436 Ein liberales Wirtschaftssystem, gründend auf Eigentums- und Vertragsfreiheit,  
437 stellt den Dreh- und Angelpunkt eines funktionierenden Gesellschaftssystems dar,  
438 das steigenden Wohlstand, Arbeitsplätze und Selbstverwirklichung für alle  
439 Menschen ermöglicht. Insbesondere junge Menschen wollen anpacken und etwas  
440 erreichen – wir müssen dafür sorgen, dass ihnen dabei keine Steine in den Weg  
441 gelegt werden.

## 442 **Freies Unternehmertum statt Überregulierung**

443 Nicht der Staat schafft und sichert den Wohlstand in Österreich, sondern unsere  
444 (Klein- und Mittel) Unternehmer. Diese schaffen Arbeitsplätze und produzieren  
445 die benötigten Güter bzw. bieten entsprechende Dienstleistungen an. Sie sind, in  
446 anderen Worten, die Experten im Bereich Wirtschaft. In diesem Sinne muss sich  
447 die staatliche Regulierung darauf beschränken, Mindeststandards für den Schutz  
448 von Arbeitnehmern und Konsumenten zu garantieren. Um der Überregulierung in  
449 Österreich Einhalt zu gebieten, soll der Gesetzgeber kurz- bis mittelfristig für  
450 jede neue Regulierung, die Unternehmen betrifft, zwei Regulierungen außer Kraft  
451 setzen. Richtschnur soll hierbei sein, dass jeder Euro an Mehrkosten durch den  
452 doppelten Betrag an Erleichterungen kompensiert wird.

453 Um innovatives Unternehmertum nicht weiter zu behindern, soll auch eine  
454 komplette Neuorganisation der Gewerbeordnung erfolgen, sodass nur noch Gewerbe  
455 reguliert werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen. Ebenso sind  
456 staatlicher Gebietsschutz und die Beschränkung der Öffnungszeiten veraltet und  
457 gehören abgeschafft.

## 458 **Startups und Innovation**

459 Neugründungen und Startups sind entscheidend für die Förderung von Innovation,  
460 machen die Wirtschaft diverser und widerstandsfähiger und tragen maßgeblich zur  
461 Gestaltung der Zukunft bei. Wer heute ein Unternehmen gründen will, stößt  
462 allerdings auf viele unnötige bürokratische und finanzielle Hürden. Daher  
463 braucht es eine Vereinfachung und Verbilligung von Gründungsprozessen - die  
464 Gründung einer Gesellschaft soll ohne hohe Kosten und formale Erschwernisse  
465 innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Zudem sollen die Kammerbeiträge im  
466 Gründungsjahr entfallen und, sollte ein Unternehmen im ersten Jahr bereits  
467 Personal beschäftigen, sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter  
468 eines Unternehmens im ersten Jahr ausgesetzt werden.

469 Es soll außerdem ein teilprivatisierter Gründungsfonds geschaffen werden, der  
470 schnell und unbürokratisch Gründungskredite an junge Unternehmer vergibt.  
471 Investitionen in den Fonds sollen KEST-befreit geleistet werden können. Der  
472 Fonds kann so als Risikokapitalgeber fungieren und innovative Startups  
473 unterstützen, die zwar vielversprechende Ideen haben, jedoch nicht über  
474 ausreichende Sicherheiten verfügen, um herkömmliche Bankkredite zu erhalten.

475 Die Einführung einer Austria Limited als Gesellschaftsform soll jungen  
476 Unternehmern die Gründung einer Kapitalgesellschaft erleichtern. Die Austria  
477 Limited verfügt über Rechtspersönlichkeit und bietet die typische beschränkte  
478 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €  
479 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, können nur  
480 natürliche Personen Inhaber sein. Wenn die Austria Limited einen Umsatz von 1

481 Mio. € oder zweimal hintereinander 700.000 € erreicht, wird sie automatisch in  
482 eine GmbH umgewandelt. Der noch ausstehende Betrag für die Mindesteinlage einer  
483 GmbH muss zu diesem Zeitpunkt aufgezahlt bzw. eingebracht und von der Steuer  
484 befreit werden.

485 Um Österreich auch als internationalen Start-Up Hotspot etablieren zu können,  
486 sollen durch eine europäische e-Residency nach estnischem Vorbild auch Personen  
487 aus Drittstaaten an der österreichischen Wirtschaft teilnehmen und Unternehmen  
488 gründen können.

### 489 **Tschüss Kammerstaat**

490 Interessenvertretungen spielen zweifellos eine entscheidende Rolle bei der  
491 Koordination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Die stärksten  
492 Interessenvertretungen, wie in Österreich die Gewerkschaften, leben aber von  
493 einer freiwilligen Mitgliedschaft. Denn nur so ist eine Interessenvertretung  
494 gezwungen für ihre Mitglieder effektiv zu arbeiten und kann sich nicht auf einem  
495 immerwährenden Geldfluss ihrer Zwangsbeiträge ausruhen. Daher sollen die  
496 bestehenden Zwangsmitgliedschaften abgeschafft werden. Bis zur Einführung der  
497 freiwilligen Mitgliedschaft, die dann auch kompetitivere Beitragshöhen mit sich  
498 bringt, sollen die verpflichtenden Umlagen der Kammern drastisch gesenkt werden.  
499 Darüber hinaus sind in der österreichischen Verfassung verankerte Kammern nicht  
500 notwendig, da freiwillige Interessenvertretungen ausreichend Möglichkeiten  
501 bieten, sich vertreten zu lassen.

### 502 **Weniger Steuern, mehr Freiheit**

503 Die Steuerlast in Österreich ist im internationalen Vergleich erdrückend hoch,  
504 wodurch für viele Bürger das Leben kaum noch leistbar ist. Ein gerechtes  
505 Steuersystem entlastet nicht nur den Faktor Arbeit, sondern minimiert auch die  
506 Verwaltungskosten und streicht Ausnahmeregelungen einzelner einflussreicher  
507 Interessensgruppen. Durch Simplizität und Effizienz kann das Steuersystem  
508 gerecht und transparent gestaltet werden.

509 Die Einkommensteuer soll radikal auf einen einheitlichen Steuersatz von 25%  
510 gesenkt werden. Der Freibetrag soll dabei der Armutsgrenze entsprechen und  
511 jährlich angepasst werden, wodurch sich eine indirekte Progression im Steuersatz  
512 ergibt, da der Grenz- und Durchschnittssteuersatz mit zunehmendem Einkommen  
513 ansteigen. Auch das Einkommen von Körperschaften soll einheitlich mit 25%  
514 besteuert werden.

515 Generell befürworten wir eine Senkung der Steuerlast und setzen uns gegen die

516 Einführung neuer Steuern ein. Bagatellsteuern wie die Biersteuer, die nur einen  
517 marginalen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sollen abgeschafft  
518 werden. Eine neue Substanzsteuer auf Vermögen lehnen wir als groben Eingriff in  
519 das Recht auf Eigentum und zwangsläufig auch in das Recht auf Privatsphäre  
520 entschieden ab.

521 Um eine nachhaltige Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zu erwirken, soll  
522 eine Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang eingeführt werden.  
523 Budgetentwürfe des Bundes sollen dabei nicht so ausgestaltet werden dürfen, dass  
524 sie zu einer Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von 40 Prozent  
525 des BIPs übersteigt.

## 526 **Freie und flexible Arbeitswelt**

527 Überbordende staatliche, aber auch sozialpartnerschaftliche Interventionen und  
528 Erschwernisse zu Lasten der Freiheit der Arbeitnehmer schaden dem Arbeitsmarkt.  
529 Der Staat soll auch hier lediglich Mindeststandards zum Schutz von Leib und  
530 Leben festschreiben. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dringend  
531 entbürokratisiert werden, sodass es für Unternehmen leichter wird neue  
532 Arbeitskräfte einzustellen.

533 Wir sind entschieden gegen gesetzliche Mindestlöhne. Solche Vorschriften schaden  
534 dem Standort Österreich und bringen das Gleichgewicht zwischen Entlohnung und  
535 Produktivität aus dem Lot. Ebenso lehnen wir wirtschaftsschädigende Maßnahmen  
536 wie eine gesetzlich vorgeschriebene 32-Stunden-Woche ab. Vereinbarungen sollen  
537 zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf individueller oder betrieblicher Ebene  
538 getroffen werden – um dabei unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten  
539 abbilden zu können, soll es einen größtmöglichen gesetzlichen Spielraum geben.

540 Durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten sollen sowohl Arbeitnehmer als  
541 auch Arbeitgeber entlastet werden. Das erleichtert es Unternehmen beispielsweise  
542 neue Mitarbeiter einzustellen und Arbeitnehmer profitieren von höheren  
543 Nettolöhnen. Unter anderem soll Arbeitnehmern durch die Zusammenlegung der  
544 staatlichen Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtversicherung mehr Geld  
545 übrigbleiben, das sie frei, aber verpflichtend, für ein Paket an sozialer  
546 Absicherung ihrer Wahl einsetzen können.

## 547 **Fachkräfte willkommen heißen**

548 Die österreichische Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen. Ein wichtiger  
549 Baustein, um den Fachkräftemangel zu lindern, ist eine sinnvolle Strategie für  
550 qualifizierte Zuwanderung. Wir sehen geordnete Zuwanderung als Chance, unserer



551 demographischen Entwicklung und dem derzeitigen Fachkräftemangel  
552 entgegenzutreten. Wir müssen das System bestehend aus quotenbasierten  
553 Aufenthaltstiteln, Saisonier-Kontingenten und reformbedürftiger Rot-Weiß Rot-  
554 Card, erneuern und auf ein Kriteriensystem nach dem Vorbild Kanadas auf  
555 europäischer Ebene hinarbeiten.

## 556 **Soziales und Gesundheit**

557 Die Freiheit des Einzelnen ist für uns das höchste Gut in einer Gesellschaft. Um  
558 diese Freiheit und Unabhängigkeit in allen Lebenslagen zu bewahren, braucht es  
559 ein staatliches Sozialsystem als Auffangnetz, das die Würde des Individuums auch  
560 in Zeiten von persönlichen Rückschlägen oder gesundheitlichen Notlagen schützt  
561 und stets ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

## 562 **Liberales Bürgergeld - Eine radikale Neuordnung des** 563 **Sozialsystems**

564 Ein prägendes Leitmotiv unseres Weltbildes und Konsequenz jeder Freiheit bleibt  
565 die Eigenverantwortung. Wenn Bürger in Notlagen kommen, ist es jedoch Aufgabe  
566 der Gesellschaft, diesen Menschen die Hand zu reichen und ihnen wieder auf die  
567 Beine zu helfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein liberales  
568 Bürgergeld eingeführt werden. Dieses tritt an die Stelle aller anderer  
569 Sozialleistungen und bündelt in einem übersichtlichen, effizienten und gerechten  
570 System finanzielle Mittel des Lebensunterhaltes.

571 Das liberale Bürgergeld folgt dabei folgendem Modus: Zuerst wird ein  
572 Grundeinkommen festgelegt, dies stellt den Höchstbetrag dar, der ausgezahlt  
573 werden kann, und somit auch den Mindestbetrag, den ein Mensch in Österreich zum  
574 Leben hat. Das volle Grundeinkommen wird dann ausgezahlt, wenn ein Bürger gar  
575 keine Einkünfte erzielt. Sobald man aber ein Einkommen hat, wird das ausgezahlte  
576 Bürgergeld entsprechend dem gewählten Referenzsatz reduziert. Dieser  
577 Referenzsatz ist dabei jedenfalls unter 50% anzusetzen, sodass jeder selbständig  
578 verdiente Euro einen Zugewinn darstellt. Zur Illustration: Bei einem  
579 Referenzsatz von exakt 50% und einem Grundeinkommen von 1.000 € würde Peter ganz  
580 ohne selbständige Einkünfte exakt 1.000 € ausbezahlt bekommen, während Sandra  
581 mit selbständigen Einkünften in Höhe von 1.000 € exakt 1.500 € in der Tasche  
582 blieben. Die exakten Werte orientieren sich an Referenzbudgets, die unter  
583 Mitwirkung von Experten und Betroffenen erstellt und evaluiert werden.

584 Das liberale Bürgergeld bietet außerdem ein System beispielloser  
585 Übersichtlichkeit und Effizienz, das eine radikale Reduktion der  
586 Verwaltungskosten mit sich bringt. Durch die hohe Treffsicherheit und

587 Transparenz ist das liberale Bürgergeld das gerechteste und sozial  
588 verantwortlichsste System, das gleichermaßen als Auffangnetz bei Notlagen  
589 bereitsteht, aber keinesfalls als dauerhafte Hängematte dient.

## 590 **Fördern und fordern**

591 Durch den ständig bestehenden Arbeitsanreiz, der dem liberalen Bürgergeld  
592 zugrunde liegt, werden Inaktivitätsfallen und damit einhergehende Abhängigkeiten  
593 verhindert und der Wiedereintritt in Eigenverantwortung und Autonomie gefördert.  
594 Als letzten Schritt sind Sanktionen bei Nicht-Aannahme einer zumutbaren  
595 Arbeitsstelle in Form von Kürzungen von Sach- und Geldleistungen vorgesehen.  
596 Arbeitssuchenden ist außerdem der Arbeitseintritt durch Hilfestellungen zur  
597 Weiterbildung zu erleichtern. Hierfür sollen Langzeitarbeitslosen spezielle  
598 Bildungsschecks zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine Weiterbildung  
599 ihrer Wahl einsetzen können.

## 600 **Hochqualitative Gesundheitsversorgung durch eine** 601 **Versicherungspflicht**

602 Qualität, Effizienz und Innovation entstehen durch Wettbewerb. Das gilt auch, wo  
603 es um Leben und Tod geht. Deshalb wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der  
604 staatlichen Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht einführen. Die  
605 Versicherung muss dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an  
606 Leistungen umfassen. Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und  
607 einem öffentlichen Anbieter.

608 Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer ohne  
609 Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und  
610 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden. Auf Seite der Versicherungsnehmer kann  
611 und soll der Lebensstil die Versicherungsprämien beeinflussen. So könnten die  
612 Beiträge, wie beispielsweise in Deutschland Usus, sinken, wenn man mehrere  
613 Vorsorgeuntersuchungen absolviert.

614 Im öffentlichen Bereich erfordert der aktuell verantwortungslose Umgang mit  
615 öffentlichen Mitteln eine grundlegende Strukturbereinigung, wobei nicht bei den  
616 Patienten gespart werden darf. Deshalb wollen wir Schluss mit dem ineffizienten  
617 und viel zu teuren Versicherungssystem machen und fordern die sofortige  
618 Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einzigen staatlichen Kasse.

619 Die Organisation der Kasse soll sich an internationalen Best-Practice-Beispielen  
620 orientieren, straff und effizient aufgebaut sein und sämtliche Partei- und  
621 Klientelpolitik außen vor lassen. Zu den Aufgaben dieser staatlichen

622 Krankenkasse sollen sowohl medizinische Grundversorgung, Prävention als auch  
623 Pflege zählen.

## 624 **Moderne Gesundheitsinfrastruktur**

625 In einem nationalen Gesundheitskonzept stammen Versorgung, Prävention, und  
626 Pflege aus einer Feder. So kann eine verbindliche Planung der öffentlichen  
627 Gesundheitsinfrastruktur auf Basis gesundheitspolitischer Kriterien und abseits  
628 von Prestigeüberlegungen gelingen. Dafür muss die Hoheit über die  
629 Spitalsinfrastruktur dem Bund übertragen werden.

630 Krankenhäuser und ihre Notaufnahmen müssen entlastet werden.  
631 Primärversorgungszentren, in denen mehrere Ärzte und weiteres medizinisches  
632 Personal arbeiten, sollen als erste Anlaufstelle für Patienten dienen. Nur bei  
633 Bedarf soll eine Zuweisung an Fachärzte innerhalb eines Versorgungszentrums oder  
634 an andere Gesundheitseinrichtungen erfolgen.

635 Zusätzlich muss die medizinische Ausbildung reformiert werden, hin zu mehr  
636 Praxisorientierung. Medizinisch-pflegendem, -technischem oder pharmazeutischem  
637 Personal soll bei Erlangen der entsprechenden Fähigkeiten außerdem mehr  
638 medizinische Kompetenz eingeräumt werden. Dies gibt diesen Berufsständen  
639 Aufstiegsperspektiven, entlastet Ärzte in ihrer Arbeit und führt allgemein zu  
640 einem effizienteren Arbeitsablauf.

## 641 **Der mündige Patient**

642 Wir stellen die Mündigkeit des Patienten in den Mittelpunkt des  
643 Gesundheitssystems, da nur dieser volle Verantwortung für sich und seine  
644 Gesundheit tragen kann. Der mündige Patient gestaltet seinen Genesungsprozess  
645 aktiv mit. Er entscheidet, wenn möglich, nach Aufklärung und Beratung gemeinsam  
646 mit seinem Arzt über die anzuwendende Behandlung.

647 In der Konsequenz ist es auch Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben ein Ende  
648 zu setzen, in Einklang mit den eigenen Vorstellungen von Lebensqualität und  
649 Sinnhaftigkeit. Dieser Akt autonomer Selbstbestimmung ist von Staat und  
650 Gesellschaft zu respektieren. Dafür soll und darf auch bei Dritten Hilfe gesucht  
651 und in Anspruch genommen werden. Im Rahmen des Gesundheitssystems, muss auch die  
652 aktive Sterbehilfe ermöglicht werden – inklusive des Zugangs zu entsprechenden  
653 Medikamenten.

## 654 **Pensionen und Kapitalvorsorge**

655 Der in Österreich beschworene Generationenvertrag ist gescheitert. Dies  
656 bestätigt ein Blick auf Österreichs Demographie. Es ist mathematisch  
657 ausgeschlossen, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der jüngeren Zeit während  
658 ihrer Erwerbstätigkeit die Pensionszahlungen der Babyboomer finanzieren können.  
659 Das Pensionssystem wird von einer untätigen, wahlgetriebenen Politik gegen die  
660 Wand gefahren – zu Lasten der Jungen Generationen. Wir fordern daher einen  
661 Systemwechsel: Durch ein Beitragssystem sichert sich jeder Bürger durch seine  
662 Beiträge die eigene Altersvorsorge, durch eine Aktienpension wird ein Teil der  
663 allgemeinen Beiträge langfristig wertsteigernd veranlagt und durch zukunftsfitte  
664 Kapitalmarktmarktpolitik wird die private, individuelle Vorsorge erleichtert.

### 665 **Generationengerechtes Beitragssystem**

666 Eine echte Pensionsreform: weg vom demographisch unhaltbaren Umlageverfahren hin  
667 zu einem zukunftsfittem Beitragssystem. In diesem System hat jeder Bürger sein  
668 eigenes Pensionskonto, über dessen Status Quo regelmäßig Auskunft erteilt wird.  
669 Entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden dann auch die  
670 aktuell bestehenden Möglichkeiten von Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese  
671 variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der  
672 unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die  
673 Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau  
674 an monatlicher Auszahlung (= Existenzminimum) erreicht wurde. Die Umsetzung  
675 dieser Reform der ersten Säule des Pensionssystems, ist natürlich nur  
676 stufenweise und zeitlich gestreckt möglich.

677 Sollten die eigenen Pensionsbeiträge keine ausreichende Altersvorsorge  
678 sicherstellen, greift auch bei den Pensionen das System des liberalen  
679 Bürgergeldes. So rentiert sich jeder für die eigene Pension eingezahlte Euro  
680 weiterhin, wobei gleichzeitig effektiv gegen Altersarmut geschützt wird.

681 Gleichzeitig muss sich Arbeit und Zuverdienst auch im Pensionsalter lohnen und  
682 erlaubt sein. Wir fordern daher, dass auf Wunsch vorerst auch nur eine  
683 Teilpension in Höhe von 25%, 50% oder 75% der monatlichen Pensionszahlungen  
684 konsumiert werden kann, wenn zum Beispiel noch einer geringen Erwerbstätigkeit  
685 nachgegangen wird. Die dadurch eingesparten Pensionszahlungen können dann später  
686 abgerufen werden.

### 687 **Aktienpension**

688 Unter den Überbegriff Aktienpension fallen pensionssichernde Lösungen, die auf  
689 dem Kapitalmarkt basieren. Wir fordern die Einführung eines Staatsfonds nach  
690 Vorbild Schwedens als Ergänzung der ersten Säule unseres Pensionssystems. Dieser

691 Fond soll mit mindestens einer Milliarde Euro gedeckt sein, die Betreuung soll  
692 ausgeschriben werden und im Resultat unabhängigen, professionellen  
693 Anlegeinstitutionen obliegen. Durch diesen Staatsfonds werden die in das  
694 aktuelle Umlagesystem oder das noch umzusetzende Beitragssystem eingezahlten  
695 Beiträge kapitalgedeckt veranlagt. Langfristig steigt somit das Volumen der  
696 Gelder in der ersten Säule.

697 Zusätzlich muss auch die individuelle Pensionsvorsorge gestärkt werden.  
698 Einerseits soll jeder Bürger einen Teil seines Einkommens zur Veranlagung  
699 steuerfrei in den neuen Staatsfonds einzahlen können, um so seine Pension zu  
700 stärken. Andererseits soll die betriebliche Zusatzvorsorge geöffnet werden,  
701 sodass Arbeitnehmer hier entsprechend ihren Bedürfnissen in eine Vorsorgekasse  
702 ihrer Wahl einzahlen können, um so unkompliziert und ohne Kosten vom  
703 Kapitalmarkt profitieren zu können.

#### 704 **Individuelle Kapitalvorsorge fördern**

705 Bis zu einer echten Pensionsreform bleibt die individuelle Kapital- und  
706 Altersvorsorge unerlässlich. Das absolute Mindestmaß an Verantwortung für die  
707 nächste Generation, das vom österreichischen Gesetzgeber zu erwarten ist, ist  
708 daher die Vereinfachung und Entlastung der individuellen Vorsorge.

709 Essenziell ist dafür die Wiedereinführung der Behaltefrist von einem Jahr, in  
710 der Form, wie sie bereits bis 2012 in Kraft war. So entfällt für private Anleger  
711 die KEST auf Kursgewinne für langfristig gehaltene Wertpapiere. Zusätzlich soll  
712 es vereinfacht werden, sein Aktiendepot umzuschichten. So senkt man die Hürden,  
713 die mit der Auswahl der Positionen eines Depots verbunden sind, indem spätere  
714 Korrekturen ohne anfallende Kosten oder Steuern durchgeführt werden können.

715 Die vor allem bei jungen Generationen beliebten Kryptowährungen sollen sich in  
716 Besteuerung und Handhabung nicht von anderen Wertaufbewahrungsmitteln wie Gold  
717 unterscheiden. Dies umschließt auch die Abschaffung der Verifizierungspflichten  
718 von Kryptowallets.

719 Letztlich soll der Zugang zum Finanzmarkt und das Wissen über Kapital- und  
720 Altersvorsorge nicht einer gutbürgerlichen Bildungselite vorbehalten sein. Daher  
721 muss jede österreichische Schulbildung Kompetenzen im Bereich Financial Literacy  
722 beinhalten, die primär von externen Experten und durch direkte praktische  
723 Erfahrung, beispielsweise über die Verwendung von Musterdepots, vermittelt  
724 werden sollen.

#### 725 **Notmaßnahmen**

726 Bis die nötige Pensionsreform endlich umgesetzt werden kann, müssen zusätzlich  
727 zu den oben beschriebenen Vereinfachungen der individuellen Kapitalvorsorge,  
728 mehrere Notmaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser ist die Abwendung einer  
729 völlig aus dem Ruder geratenen, finanziell nicht mehr stemmbaren Pensionspolitik  
730 zu mehr Kostenwahrheit im System.

731 Sämtliche Sonderregelungen und Pensionsprivilegien müssen sofort abgeschafft  
732 werden. Alle staatlichen Pensionen sind in das ASVG zu überführen. Pensionen  
733 über der ASVG-Höchst Pension sind nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich  
734 geleisteten Beiträge zu kürzen, wobei die Kürzungen versicherungsmathematisch  
735 korrekt zu berechnen ist. Bei einem Pensionsantritt vor dem Referenzalter von  
736 derzeit 65 Jahren sind gleichermaßen Abschläge zu berechnen. Durch diese  
737 Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass jedenfalls nicht noch mehr Geld aus  
738 dem Staatstopf in die Aufrechterhaltung unseres Pensionssystem fließt.

## 739 **Wohnen**

740 Wohnen stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar. Jedem Bürger soll ein  
741 Wohnangebot nach seinen individuellen Bedürfnissen offenstehen. Der Zugang zu  
742 einer Mietwohnung darf dabei nicht von Alter, Glück oder Kontakten abhängen. Und  
743 auch der Traum vom Eigenheim muss in Österreich aus eigener Kraft realisierbar  
744 sein.

## 745 **Mietfreiheit statt Mietfallen**

746 Für ein Dach über dem Kopf sorgt der Zugang zu einem offenen Wohnungsmarkt mit  
747 einem ausgewogenen, vielfältigen Angebot. Ein solches Angebot kann aber nur dort  
748 entstehen, wo faire Verhältnisse zwischen Eigentümern und Mietern herrschen, die  
749 den Markt beleben und Wohnbau attraktiv machen.

750 Das in Österreich historisch gewachsene Mietrecht ist mittlerweile eines der  
751 europaweit restriktivsten. Während die in Kraft gesetzten Regelungen aus  
752 redlichen Motiven – dem Schutz der Mieter und insbesondere spezieller Gruppen  
753 von Mietern – entstanden sind, sind diese vielfach nicht mehr zeitgemäß und in  
754 ihrem Gesamtausmaß schädlich für den Wohnungsmarkt. So sprechen die Zahlen oft  
755 gegen Renovierungen oder Neubauten, und so verhindert der starke Bestandschutz  
756 für Altmietler eine effektive Allokation des Wohnungsangebots zu Lasten der  
757 jungen Generationen.

758 Das Mietrecht muss folglich dringend flexibilisiert und liberalisiert werden.  
759 Marktmechanismen dürfen nicht weiter durch überbordende Staatseingriffe  
760 ausgesetzt werden, insbesondere bei Altbauten im Vollenwendungsbereich des MRG.

761 Daher muss das Verhältnis Mieter – Vermieter neu geordnet werden: Insbesondere  
762 sollen Mietverträge im Sinne der Privatautonomie sowohl vom Mieter als auch vom  
763 Vermieter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden können. Da  
764 der Mieter von einer Kündigung üblicherweise stärker betroffen ist, sind gewisse  
765 Mieterschutzbestimmungen zu achten. Dazu gehören eine angemessene  
766 Kündigungsfrist und Rücksichtnahme auf besondere Schutzbedürftigkeit, wie bei  
767 Schwangerschaft, Behinderung oder hohem Alter. Auch die Möglichkeit in  
768 Altverträge eintreten zu können, muss auf Ausnahmesituationen beschränkt werden,  
769 um so das Phänomen des sogenannten „Mietadels“ zu unterbinden. Zudem sollen sich  
770 die Miethöhen grundsätzlich am Markt durch Angebot und Nachfrage bilden.

771 Diese Maßnahmen machen den privaten Wohnungsmarkt wesentlich attraktiver, was  
772 Investitionen begünstigt, Angebot schafft und schließlich die Preise auf  
773 angemessenem Niveau hält. Populistische Forderungen nach generellen  
774 Mietendeckeln, Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben lehnen wir ab. Diese  
775 schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung, sondern verschärfen die bestehenden  
776 Probleme weiter.

#### 777 **Menschen statt Mauern fördern**

778 Personen mit einem geringen Einkommen, die marktübliche Mieten nicht aus eigener  
779 Kraft stemmen können, müssen durch die öffentliche Hand gestützt werden.  
780 Subjektförderungen, also finanzielle Beihilfen für Individuen in Einklang mit  
781 dem liberalen Bürgergeld, sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen.  
782 Insbesondere die mangelnde Flexibilität und die fehlende soziale Treffsicherheit  
783 machen die Objektförderung zu einem oftmals untauglichen Mittel, um in Zukunft  
784 für leistbaren, attraktiven Wohnraum zu sorgen.

#### 785 **Günstige Mieten bauen**

786 Wir wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen  
787 massive Kosten. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen und unnötige  
788 Vorschriften (z.B. überschießende Stellplatzverordnung) auf Bundes-, Landes- und  
789 vor allem Gemeindeebene zu verringern und zu vermeiden und den Entscheidern eine  
790 transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen. Bei  
791 sicherheitsrelevanten Themen soll zukünftig ein strenges Haftungsrecht die  
792 überhandnehmenden Gebote und Verbote ablösen.

#### 793 **Das erste Eigenheim**

794 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss Realität werden können. Um dies  
795 leichter zu verwirklichen, fordern wir einen Strauß an Maßnahmen, die den Kauf

796 einer neuen Immobilie vergünstigen. Insbesondere die Aussetzung der  
797 Grunderwerbsteuer beim Kauf der ersten Immobilie, sowie die Abschaffung der  
798 Grundbuchgebühren erachten wir als essenziell.

799 Zudem wollen wir Mietkauf-Modelle ausbauen. Bewohner von Gemeinde- oder  
800 Genossenschaftswohnungen sollen die Option erhalten, ihre derzeitigen  
801 Mietverträge in Mietkaufverträge umzuwandeln. Wir schlagen ein Flexi-Mietkauf-  
802 System vor, nach welcher der Betroffene während der Phase eines Mietkaufs seine  
803 Wohnung wechseln kann. Bisherige Zahlungen sollen für den Mietkauf der neuen  
804 Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung angerechnet werden.

### 805 **Sozial treffsicherer Wohnbau**

806 Der soziale Wohnbau soll in erster Linie jenen zugutekommen, die ihn wirklich  
807 benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel  
808 privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ein unbürokratisches  
809 Einkommensmonitoring, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Außerdem muss  
810 die Vergabe von „sozialen“ Wohnungen endlich transparent ablaufen. Es braucht  
811 objektive und transparente Kriterien, die die Lebensrealität von jungen Menschen  
812 berücksichtigen.

### 813 **Raumplanung - Neu bauen mit Plan**

814 Neubauprojekte sollen kosteneffizient und ökologisch sinnvoll gebündelt werden.  
815 Statt zersiedelten Gebieten, braucht es kompaktere Siedlungskerne. Um diese zu  
816 verwirklichen, fordern wir, dass die Flächenwidmungskompetenz den Gemeinden  
817 entzogen und auf eine überregionale Ebene übertragen wird.

818 Wir stehen zum Prinzip der qualitätvollen Innenverdichtung. Wohnraum muss  
819 wieder in die Höhe und nicht mehr in die Breite wachsen und dazu müssen  
820 Baurichtlinien gelockert werden. Die Verdichtung eines Siedlungskernes muss  
821 dabei einhergehen mit dem Ausbau von Infrastruktur, die nachhaltige Mobilität  
822 sicher ermöglicht und durch umfassende Begrünung im öffentlichen Raum begleitet  
823 werden.

824 Dafür soll die baulich schwierige und daher teure Bebauung von bereits  
825 versiegelten Flächen und das Füllen von innerörtlichen Lücken steuerlich  
826 begünstigt werden. Außerdem müssen baurechtliche Richtlinien vereinfacht werden,  
827 um die Sanierung von alten Gebäuden zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen  
828 zu ermöglichen.

### 829 **Klima und Umwelt**



830 Der Schutz unseres Planeten ist die drängendste globale Herausforderung. Wir  
831 setzen uns für einen umweltbewussten Ansatz ein, der auf individuellen  
832 Freiheiten, wirtschaftlicher Entwicklung und verantwortungsvoller Nutzung  
833 unserer Ressourcen basiert. Dabei gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand, denn  
834 nur, wenn es gelingt, Konsumbedürfnisse insbesondere im Energiebereich sicher,  
835 sauber und bezahlbar zu befriedigen, kann Umwelt- und Klimapolitik gelingen.  
836 Dafür müssen innovative Lösungen forciert und Marktmechanismen genutzt werden,  
837 um die Klimaziele unter Wahrung persönlicher wie wirtschaftlicher Freiheit zu  
838 erreichen.

### 839 **Lenkungseffekte nutzen**

840 Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, bei dem die Kosten von  
841 Klimabelastungen grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip verteilt werden.  
842 Dafür müssen klimaschädliche Externalitäten internalisiert und somit in die  
843 Preisbildung einbezogen werden. Unternehmer wie Individuen haben so direkte  
844 Anreize, auf umweltfreundliche Verhaltensweisen und Produkte zu setzen. Konkret  
845 soll daher in Kombination mit innovationsfördernden Maßnahmen ein EU-weiter CO<sub>2</sub>-  
846 Preis eingeführt werden.

847 Wir setzen uns außerdem für die Einführung von CO<sub>2</sub>-Zöllen ein, um internationale  
848 Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Durch diese kann  
849 sichergestellt werden, dass für Unternehmen aus Ländern mit strengeren  
850 Umweltauflagen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

851 Im Sinne der ökologischen Kostenwahrheit müssen außerdem sämtliche fossile  
852 Subventionen, wie etwa des Dieselprivilegs und der Pendlerpauschale gestoppt  
853 werden. Die Förderung von zusätzlicher Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Belastung steht in  
854 diametralem Widerspruch zu allen Bemühungen, die Folgen des Klimawandels  
855 einzudämmen.

### 856 **Energiestrategie für eine nachhaltige Zukunft**

857 Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten Energiestrategie, die auf  
858 marktwirtschaftlichen Prinzipien, technologischer Innovation und individueller  
859 Entscheidungsfreiheit fußt. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und stabile  
860 Energieversorgung sicherzustellen, welche die Umwelt schont und unseren  
861 gesellschaftlichen Wohlstand sichert.

862 Wir setzen auf die Förderung von Forschung und Entwicklung, um innovative  
863 Technologien voranzutreiben. Für private Unternehmen, Startups sowie Hochschulen  
864 sollen Anreize geschaffen werden, um innovative Lösungen zu erarbeiten.

865 Insbesondere soll auch die Forschung im Bereich der Energiespeicherung gefördert  
866 werden, um beständige Lösungen für ein zuverlässiges Energiesystem zu  
867 entwickeln.

868 In vielen Bundesländern verhindern Zonierungsgesetze effektiv den Bau von  
869 Windkraftanlagen. Diese sollen angepasst und gelockert werden, sodass die  
870 Entwicklung erneuerbarer Windenergien vorangetrieben werden kann.

871 Wir befürworten eine diversifizierte Energieversorgung, die auf verschiedenen  
872 Energiequellen basiert, einschließlich erneuerbarer Energien wie Solarenergie,  
873 Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Zugleich unterstützen wir  
874 eine technologieoffene Debatte, um auch über die Nutzung von Kernenergie und  
875 sauberer fossiler Energien wie Erdgas sachlich zu diskutieren. Um den  
876 Energieverbrauch zu optimieren und Ressourcen zu schonen, setzen wir auf  
877 Effizienzmaßnahmen und intelligente Technologien.

#### 878 **Naturschutz durch Renaturierung**

879 Naturschutz durch Renaturierung von Ökosystemen ist von zentraler Bedeutung für  
880 den Erhalt der Biodiversität und die Wiederherstellung von natürlichen  
881 Lebensräumen. Dabei werden Ökosysteme, die durch menschliche Aktivitäten  
882 geschädigt wurden, durch gezielte Maßnahmen revitalisiert und in ihren  
883 natürlichen, funktionalen Zustand zurückgeführt. So können Feuchtgebiete  
884 wiederhergestellt, Waldgebiete aufgeforstet und Flussläufe sowie Uferzonen  
885 renaturiert werden. Ein weiterer entscheidender Aspekt der Renaturierung ist das  
886 Management invasiver Arten, um die heimische Flora und Fauna zu schützen.

#### 887 **Stärkung von Schutzgebieten und nachhaltigem Tourismus**

888 Eine effektive Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten sind von  
889 entscheidender Bedeutung, um die natürliche Vielfalt zu schützen. Durch eine  
890 professionelle und gut koordinierte Verwaltung können Ökosysteme bewahrt,  
891 bedrohte Arten geschützt sowie der Erholungswert für Besucher gewährleistet  
892 werden.

893 Nachhaltiger Tourismus respektiert die ökologischen, sozialen und  
894 wirtschaftlichen Grenzen einer Destination. Dies bedeutet, Tourismus zu fördern,  
895 der lokale Gemeinschaften unterstützt, die Umwelt respektiert und den Besuchern  
896 ein authentisches Naturerlebnis bietet, ohne die Natur zu schädigen. Die  
897 Zusammenarbeit mit touristischen Unternehmen und Verbänden ist entscheidend, um  
898 nachhaltige Praktiken zu fördern. Anreize, Zertifizierungen und Schulungen  
899 können Anbieter motivieren, Umweltstandards einzuhalten.

## 900 **Nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur**

901 Eine nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur stellen den Schutz und die  
902 Wiederherstellung der Umwelt in den Mittelpunkt. Wir setzen auf eine moderne,  
903 innovative und effiziente Gestaltung des öffentlichen Raums, die im Einklang mit  
904 ökologischer Verantwortung steht und gleichzeitig individuelle Freiheiten  
905 respektiert. Hier ist insbesondere dem rasant fortschreitenden Flächenfraß  
906 Einhalt zu gebieten. Den Bundesländern sollen über den Finanzausgleich  
907 finanzielle Mittel gestrichen werden, wenn unverhältnismäßig viel Boden  
908 versiegelt wird.

909 Ein effektiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Fußgängerzonen  
910 sollen eine umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Außerdem kann die Nutzung  
911 von Smart-City-Technologien und digitalen Lösungen die Ressourcennutzung  
912 optimieren und eine nachhaltige Raumentwicklung fördern.

## 913 **Außen- und Verteidigungspolitik**

914 Die aktuellen Zeiten sind geprägt von Unsicherheiten, die geopolitische  
915 Weltordnung ist im Wandel und es kommt vermehrt zu aggressiven Konfrontationen  
916 bis hin zu neuen Kriegen. Gerade jetzt sind stabile außenpolitische Bündnisse  
917 und Partner für Österreich sowie ein verteidigungsfähiges, gut ausgerüstetes  
918 Militär essenziell. Um unseren Wohlstand sowie unsere Verteidigung zu  
919 garantieren, braucht es gemeinsame europäische Lösungen.

## 920 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

921 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die EU nicht widersprüchliche,  
922 nationalstaatliche Interessen verfolgen, sondern international geeint mit einer  
923 Stimme sprechen. Daher soll die Position des Hohen Vertreters für Außen- und  
924 Sicherheitspolitik zu einem echten EU-Außenminister aufgewertet werden und so  
925 die Frage „Who do I call if I want to call Europe?“ endgültig beantworten.

926 Der Europäische Auswärtige Dienst soll zudem gestärkt werden. Die Kompetenzen  
927 der Vertretungen der EU im Ausland sollen erweitert werden, um beispielsweise  
928 die gemeinsame Ausstellung von Visa durch „EU-Botschaften“ zu ermöglichen. Ein  
929 solches Modell der „Botschaft mit 27 Flaggen“ führt zu einheitlichen  
930 Vergabeprozess, ermöglicht Kosteneinsparungen und erlaubt eine vereinfachte  
931 Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten.

## 932 **Europäisches Berufsheer statt provinzieller Zwangsarmee**

933 Um die Wehrhaftigkeit unseres Staats zu garantieren, müssen wir die  
934 Landesverteidigung in die Hände von Profis geben und nicht in die von  
935 Maturanten. Die Wehrpflicht ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die freie  
936 Lebensgestaltung junger Männer. Ein Berufsheer ist längst überfällig und  
937 dringend nötig, um für die Herausforderungen der Moderne gewappnet zu sein. Auch  
938 die Anschaffung von modernem Equipment und Waffensystemen ist längst überfällig.  
939 Als staatliche Kernaufgabe muss die Finanzierung der Militärs daher endlich  
940 priorisiert werden.

941 Als überzeugte Europäer ist uns bewusst, dass nur ein geeintes und starkes  
942 Europa effektiv gegen Cyberkriegsführung, die Bedrohung kritischer Infrastruktur  
943 und Terrorismus vorgehen kann. Die Zusammenarbeit der europäischen  
944 Nachrichtendienste muss weiter verstärkt werden und auch der Schutz der  
945 kritischen Infrastruktur, insbesondere bei grenzüberschreitender Nutzung, in  
946 europäischer Zusammenarbeit erfolgen.

947 Langfristig sind wir außerdem für ein europäisches Militär, das die europäische  
948 Bevölkerung im Notfall effektiv verteidigen kann. Diese EU-Armee soll eng mit  
949 unseren Verbündeten zusammenarbeiten, um unser Lebensmodell der liberalen  
950 Demokratie bestmöglich zu verteidigen. Konsequenterweise soll daher die  
951 österreichische Neutralität mittelfristig abgeschafft werden. Kurzfristig muss  
952 zumindest die Beschaffung von Verteidigungsmitteln primär auf europäischer Ebene  
953 erfolgen.

#### 954 **Freihandel schafft Wohlstand**

955 Freihandel schafft Wohlstand und stiftet Frieden. Wir wollen Freihandel fördern  
956 und fordern, denn vom freien Handel zwischen Demokratien profitieren am Ende  
957 alle. Eine freie Marktwirtschaft zeichnet sich nicht nur durch den  
958 innerstaatlichen, sondern vor allem auch durch den internationalen Handel aus.  
959 Diese in den letzten zwei Jahrhunderten stattfindende Globalisierung ist die  
960 Grundlage unseres heutigen Wohlstands.

961 Wenige Länder haben vom freien Güter- und Personenverkehr des EU-Binnenmarktes  
962 so sehr profitiert wie Österreich. Wir wollen eine Ausweitung und Vertiefung des  
963 Binnenmarktes, um den Wohlstand auch zukünftig zu sichern und auszubauen.

964 Der europäische Binnenmarkt soll durch den Abschluss von Freihandelsabkommen  
965 profitieren. Durch Freihandelsabkommen genießen europäische Erzeugnisse einen  
966 größeren Absatzmarkt, während europäische Konsumenten mehr Wahlfreiheit in ihren  
967 Einkäufen erhalten. Insbesondere österreichische Unternehmer konnten so in der  
968 Vergangenheit überdurchschnittlich profitieren. Alleingänge der österreichischen

969 Bundesregierung in Form von Vetos gegen europäisch verhandelte  
970 Freihandelsabkommen, sind strikt abzulehnen.

971 Darüber hinaus wollen wir den Handel mit anderen Staaten nutzen, um unsere Werte  
972 und Produktionsstandards zu exportieren. In Anbetracht der Entwicklungen in  
973 Afrika, wo China und Russland die EU wie auch die USA durch eine werteneutrale  
974 Handels- und Investitionspolitik nahezu verdrängt haben, ist aber Zurückhaltung  
975 bei vertraglichen Werteboten geboten. Liberale Demokratie und die Achtung der  
976 Menschenrechte muss man international vorleben, diese kann man nicht einfach  
977 vertraglich aufoktroyieren. Oft sind daher kleine Schritte nachhaltiger. In  
978 diesem Sinne sollen zumindest europäische Umweltstandards zur Erreichung der  
979 Pariser Klimaziele in jedem Freihandelsabkommen durch entsprechende Auflagen und  
980 Mindestanforderungen enthalten sein.

### 981 **Souveränität und Schutz liberaler Demokratien**

982 Wir bekennen uns klar zur Unterstützung liberaler Demokratien im Kampf gegen  
983 Diktaturen zur Wahrung ihrer Freiheit, wie aktuell in Taiwan, das von der  
984 autoritären kommunistischen Volksrepublik China bedroht wird.

985 Wir verurteilen außerdem klar terroristische Handlungen, die für Unsicherheit,  
986 schlimmstenfalls aber auch zum Verlust von Menschenleben und zu internationalen  
987 Konflikten, führen. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten ist ein  
988 deutliches Beispiel für die Provokation von Kriegen durch Terrororganisationen,  
989 die entschlossen bekämpft werden müssen.

990 Das Völkerrecht ist von Staaten nicht als Empfehlung, sondern als bindendes  
991 Regelwerk zu verstehen. Völkerrechtswidrige Kriegshandlungen untergraben das  
992 Fundament internationaler Normen und den Schutz unschuldiger Menschenleben. Der  
993 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutliches und  
994 schwerwiegenderes Beispiel für eklatante Verletzungen des Völkerrechts, denen  
995 wir vehement entgegentreten müssen.

### 996 **Reform internationaler Institutionen**

997 Internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen oder die  
998 Welthandelsorganisation haben oft nicht genügend Mittel, um ihren Aufgaben  
999 nachzukommen. Gerade in Zeiten des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands  
1000 gegen die Ukraine, sowie der wirtschaftlichen Dreistigkeit Chinas beispielsweise  
1001 in der Missachtung jeglicher Regeln von intellektuellem Eigentum, sind  
1002 handlungsfähige internationale Organisationen essenziell.

1003 Die Vereinten Nationen sollen ein strukturiertes Forum für Dialog,  
1004 Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung auf globaler Ebene sein, doch um diesem  
1005 Anspruch gerecht zu werden, muss die UN fundamental reformiert werden. Das allzu  
1006 oft hinderliche Vetorecht einzelner Staaten verleiht zwar den getroffenen  
1007 Beschlüssen mehr Gewicht, darf jedoch angesichts des globalen Wandels kein  
1008 dogmatisches Artefakt der Gründungszeit bleiben, sondern muss laufend  
1009 hinterfragt werden. Die UN muss zukünftig in der Lage sein, als oberste  
1010 friedensstiftende und völkerverbindende Instanz aufzutreten, deren Hauptaufgabe  
1011 es ist, kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden und ein Zusammenleben der  
1012 Menschheit im bestmöglichen Maße zu ermöglichen.

1013 Um zudem Rechtssicherheit im internationalen Wirtschaftswesen sowie Schutz vor  
1014 staatlicher Willkür zu gewährleisten, fordern wir die Errichtung eines  
1015 unabhängigen, internationalen Handelsgerichtshofs.

## 1016 **Vereintes Europa**

1017 Die Europäische Union ist als Garant unseres Wohlstandes und als integraler  
1018 Bestandteil unseres täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Nie war die  
1019 europäische Bevölkerung so frei, nie so wohlhabend und nie so geprägt von  
1020 Frieden. Um jetzt den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv  
1021 entgegenzutreten, müssen wir das Projekt Europa weiterentwickeln und vertiefen.  
1022 Daher fordern wir die Vereinigten Staaten von Europa.

## 1023 **Reform der europäischen Institutionen**

1024 Um eine entscheidungsfähige EU zu sichern, muss das Einstimmigkeitsprinzip im  
1025 Rat abgeschafft werden. Nur so kann man Staaten mit autokratischen Tendenzen wie  
1026 Ungarn und Polen den Wind aus den Segeln nehmen und verhindern, dass einzelne  
1027 Staaten wichtige Reformen aufgrund nationalstaatlichen Denkens blockieren.

1028 Um eine bürgernahe EU zu schaffen, die Vertrauen und Ansehen genießt, müssen  
1029 direkte Wahlen garantiert werden. Deshalb sollen für die Wahl zum Europäischen  
1030 Parlament europaweite Wahllisten aufgestellt werden und der Kommissionspräsident  
1031 direkt gewählt werden.

1032 Die Europäische Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung  
1033 aufgewertet werden, deren Zusammensetzung nicht von der Anzahl der  
1034 Mitgliedstaaten abhängt, sondern aus Mitgliedern des Parlaments gebildet wird  
1035 und daher eine größere Flexibilität bei der Definition der Aufgabenbereiche hat.  
1036 Das Europäische Parlament wiederum soll durch Gewährung des Initiativrechts in  
1037 seiner Bedeutung aufgewertet werden. Als föderales Element soll ihm der Rat als

1038 gleichberechtigte zweite Kammer zur Seite gestellt werden. Der Europäische Rat  
1039 soll ersatzlos abgeschafft werden.

1040 Um den Mitgliedstaaten Raum für eigene Entfaltung zu lassen, soll das  
1041 Subsidiaritätsprinzips auch im Laufe kommender Reformen beibehalten und  
1042 stringent eingehalten werden. So werden die regionalen Bedürfnisse und  
1043 Unterschiede durch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der entsprechenden  
1044 Ebenen berücksichtigt.

#### 1045 **Verantwortungsvolle Finanzpolitik**

1046 Gerade in Zeiten der steigenden Zinsen, zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine  
1047 nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist. Die EU und die  
1048 Mitgliedstaaten müssen Förderungen effizienter gestalten, Missbrauch durch  
1049 Nationalstaaten verhindern und Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den  
1050 Maastricht-Kriterien und wollen, dass die Staaten diese in Zukunft wieder achten  
1051 und umsetzen, um der nächsten Generationen Willen.

1052 Wir setzen uns für eine zurückhaltende und möglichst marktnahe Geldpolitik ein.  
1053 Die EZB soll daher umfassend reformiert werden und sich zukünftig einzig auf den  
1054 Erhalt der Geldwertstabilität konzentrieren, um ihre politische Unabhängigkeit  
1055 zu wahren.

#### 1056 **Europäisches Asylsystem**

1057 Die derzeit unkontrollierte Migration nach Europa ist eine der großen  
1058 Herausforderungen unserer Generation. Auch diese können wir nur als geeintes und  
1059 solidarisches Europa bewältigen - es kann nicht sein, dass dieses Problem auf  
1060 einige wenige Mitgliedsstaaten abgeladen wird. Es braucht endlich eine  
1061 gesamteuropäische Asyllösung, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Die  
1062 Asylwerber sollen verbindlich auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, wobei  
1063 die Verteilung sich nach der Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt und den  
1064 bisher erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber richten soll. In diesem  
1065 Zusammenhang soll auch eine Residenzpflicht eingeführt werden. Asylverfahren  
1066 müssen schneller abgewickelt werden, um Schutzbedürftigen möglichst schnell zu  
1067 helfen und Missbrauch zu verhindern.

1068 Straffällige Asylwerber sollen schneller abgeschoben und außer Landes gebracht  
1069 werden. Die EU soll Rückführungsabkommen abschließen, in denen sich die  
1070 Herkunftsstaaten zur Rücknahme der abgelehnten Asylwerber verpflichten. Nur so  
1071 kann ein funktionierendes Asylsystem Bestand haben.

1072 Um die Integration und Eingliederung der Geflüchteten zu gewährleisten, sollen  
1073 verpflichtende Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Um Schleppern das  
1074 Geschäft zu erschweren, fordern wir einen effektiven Grenzschutz, an dem sich  
1075 alle EU-Staaten beteiligen.

1076 Wir fordern eine Stärkung des Integrationsjahrs für Asylberechtigte und  
1077 Asylwerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit sowie die Umsetzung einer  
1078 individuellen Integrationsvereinbarung inklusive Sanktionen bei Verletzungen.  
1079 Gleichzeitig fordern wir einen Ausbau der Sachleistungen und eine Reduktion der  
1080 Geldleistungen.

### 1081 **Demokratische Mitbestimmung durch Unionsbürger**

1082 Europäer sind heute durch europaweit wechselnde Studienorte und Arbeitsstätten  
1083 sowie Familie und Freunden mit bunt gemischten Staatsbürgerschaften in ganz  
1084 Europa daheim. Ganz im Sinne der europäischen Integration sollen in Österreich  
1085 lebenden Unionsbürgern die vollen demokratischen Teilhaberechte zukommen. Wir  
1086 bekennen uns auch zum Wahlrecht ab dem Alter von 16 Jahren für jeden Bürger bei  
1087 den EU-Wahlen.

### 1088 **Verantwortung übernehmen - Liberale Regierungsarbeit**

1089 Politik ist kein Selbstzweck. Genauso wenig das vorliegende Programm. Dieses  
1090 soll nicht in einer dunklen Schublade enden, sondern Veränderung in unserem  
1091 schönen Land bewirken. Der Verdienst für das große Ganze durch teils auch  
1092 kleinere, aber dafür realisierbare Schritte ist gegenüber sturer Ideologie zu  
1093 bevorzugen. In diesem Sinne listen wir in diesem Kapitel zwölf Punkte auf, die  
1094 im Zuge einer liberalen Regierungsverantwortung jedenfalls umgesetzt werden  
1095 sollen, um die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

1096 Um das **Aufstiegsversprechen zu erneuern**, sodass sich auch die junge Generation  
1097 in Österreich durch eigene Kraft etwas aufbauen kann, soll ...

- 1098 • die Steuer- und Abgabenlast drastisch gesenkt werden, um vor allem jungen  
1099 Berufstätigen mehr finanziellen Spielraum zu ermöglichen;
- 1100 • die Grunderwerbssteuer beim Kauf der ersten Immobilie ausgesetzt werden;
- 1101 • die Behaltefrist für Wertpapiere für Privatanleger wieder eingeführt  
1102 werden.



1103 Um **Wohlstand in Österreich** langfristig zu sichern, muss der  
1104 unternehmerfeindlichen Überregulierung Einhalt geboten werden. Daher soll ...

- 1105 • die Gewerbeordnung entrümpelt werden, indem vor allem gebundene Gewerbe  
1106 abgeschafft und Qualifikationsnachweise auf das Nötigste reduziert werden;
- 1107 • der Wirtschaftsstandort nicht durch eine Verschärfung des  
1108 Arbeitskräftemangels durch die Einführung einer gesetzlichen 32-Stunden-  
1109 Woche geschwächt werden.

1110 Um weg von Biedermeier-Sentimenten hin zum **italienischen Dolce Vita mit**  
1111 **niederländischem Chill-Faktor** zu kommen, soll ...

- 1112 • die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten schrittweise vorangetrieben  
1113 werden;
- 1114 • die Kriminalisierung von Cannabis zu Gunsten der kontrollierten Freigabe  
1115 abgeschafft werden.

1116 Um im Sinne der **Generationengerechtigkeit** erste Schritte Richtung  
1117 zukunftsfähiger Planet, sowie nachhaltiger Staatshaushalt und zukunftsfittes  
1118 Pensionssystem zu sichern, soll ...

- 1119 • ein Stopp klimaschädlicher Subventionen umgesetzt werden;
- 1120 • ein aktiver Abbau der Staatsschulden betrieben werden;
- 1121 • die Aktienpension durch eine Öffnung der betrieblichen Altersvorsorge  
1122 ermöglicht und das Pensionsantrittsalter nachhaltig erhöht werden.

1123 Um das **österreichische Bildungssystem** zumindest im Rahmen der Kompetenzen einer  
1124 Bundesregierung ein Stück lebensnäher auszugestalten und den Hochschulen ein  
1125 Stück mehr Exzellenz zu erlauben, soll ...

- 1126 • in einem ersten Schritt Richtung völliger Schulautonomie ein geförderter  
1127 Rahmen geschaffen werden, der es Schulen über eine private Trägerschaft  
1128 bei gleichzeitig öffentlicher Finanzierung und ohne Schulgelder  
1129 ermöglicht, finanzielle, personelle sowie pädagogische Autonomie zu  
1130 erlangen und so zu Chancenschulen zu werden, die die Schüler in den  
1131 Mittelpunkt stellen;

1132  
1133

- die Finanzierung der Hochschulen durch nachgelagerte Studienbeiträge verbessert werden.